

Kritik an der Umsetzung der Rechte behinderter Menschen aus der UN-Konvention ins Landesrecht

## NRW-Gesetzentwurf verwässert Vorgaben

SoVD-Landesvorsitzender Franz Schrewe nahm als Gast der Landespressekonferenz im Gebäude des NRW-Landtags Stellung zum Entwurf des Inklusionsstärkungsgesetzes. Vonseiten des SoVD NRW beantworteten außerdem Dr. Michael Spörke, Abteilungsleiter Sozialpolitik, und Daniel Kreutz, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses, zahlreiche Nachfragen.

„Nach intensiver Prüfung des Kabinettsentwurfs drängt sich uns als Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen der Eindruck auf, dass die Landesregierung die Verpflichtungen aus der UN-BRK nicht verdeutlichen, sondern verwässern will“, sagte Franz Schrewe. Aus den Artikeln 1 bis 9 der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) ergäben sich klare Handlungsverpflichtungen, die der Gesetzentwurf aber nur höchst unzureichend abbilde.

„Ein Hinweis darauf, dass die Behindertenrechtskonvention uneingeschränkt für das Land und die Kommunen gilt, findet

sich im Gesetzestext nicht“, so die Kritik. Offenbar fürchte die Landesregierung, dass die Kommunen Ausgleichszahlungen beanspruchen könnten, sobald sich die verbindlichen Vorgaben der BRK im Landesrecht wiederfinden.

„Das Inklusionsgrundsatzgesetz könnte den Eindruck erwecken, die Verpflichtungen aus der Konvention seien in NRW im Vergleich mit dem Bundesgesetz weniger ernst zu nehmen“, erklärte Schrewe weiter. Rein juristisch wäre das falsch: „Bundesrecht bricht Landesrecht.“

Statt weitere Grundsätze und Appelle zu formulieren, müsse die Landesregierung die Regeln

zur Umsetzung konkretisieren: „Wesentlicher Inhalt von Gesetzestexten sollten verbindliche Regelungen sein, deren Beachtung im Zweifel auch gerichtlich überprüft werden kann.“ Diesem Anspruch werde der Entwurf nicht gerecht. Mit weitgehend symbolischer Gesetzgebung könnten die Lebensverhältnisse behinderter Menschen in NRW nicht an die Anforderungen der UN-Konvention angepasst werden.

Positiv hingegen bewertete Schrewe die Beauftragung des Instituts für Menschenrechte als Monitoring-Stelle: „Der SoVD NRW hat sich seit Jahren für eine Überwachung des



Foto: Landespressekonferenz

V.li.: Bettina Grönwald, Landespressekonferenz/dpa, Franz Schrewe, SoVD-Landesvorsitzender, Dr. Michael Spörke, Abteilungsleiter Sozialpolitik im SoVD NRW, und Daniel Kreutz, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD NRW.

Umsetzungsprozesses stark gemacht, so, wie die UN-BRK es auch fordert. Wir sind froh,

dass die Landesregierung dieser Forderung nun endlich nachkommt.“

## Grußwort des Landesvorsitzenden

### „Wie wollen wir uns den Problemen stellen?“

Liebe Mitglieder im SoVD NRW, liebe Freunde und Unterstützer unseres Verbandes,

das Jahr ist noch jung und ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen auch auf diesem Wege für 2016 alles Gute zu wünschen.

Der Jahresbeginn ist traditionell geprägt durch gute (und oft etwas zu hoch gegriffene) Vorsätze und eine ebenso gute, vielleicht zu gut dosierte Portion Optimismus. Doch gerade dieser Optimismus, so war es jüngst in einer Umfrage der Meinungsforschungsgesellschaft GfK zu lesen, scheint uns in Deutschland abhanden zu kommen. Die Stimmung sei so schlecht wie seit Jahren nicht mehr, heißt es. Der Anteil der angsterfüllten Menschen habe sich seit 2013 verdoppelt.

Fast 80 Prozent der Befragten würden eine wirtschaftliche Verschlechterung erwarten. Die im Ausland sprichwörtliche „German Angst“ sei zurück, schreibt Der Spiegel. Besonders besorgt seien die älteren Teilnehmer der Umfrage, Menschen im Alter von 55 Jahren aufwärts. 64 Prozent – also rund zwei Drittel – blicken nach

eigener Aussage mit Angst und Sorge in die Zukunft. Auch bei den Jüngeren hat sich die Angst gegenüber früheren Erhebungen mehr als verdoppelt.

Aber wovor fürchten wir uns? Das wurde in der Studie nicht abgefragt. Als Gründe vermutet werden aber die gegenwärtige humanitäre Krise und die zunehmende Angst vor Terroranschlägen. Damit sind wir in der Tat bei den Herausforderungen, an denen wir nicht vorbeikommen werden. Die Angst vor Terror ist spürbar. Die Angst vor Überforderung angesichts der vielen Flüchtlinge auch. Die Befürchtung, dass die Welt nicht friedlicher wird, sondern dass Krieg und Chaos sich ausbreiten, bricht sich Bahn.

Doch wie soll man mit diesem Befund umgehen? Seine Hoffnungen begraben? Schlecht gelaunt durchs Leben gehen? Sich nur noch auf sich selbst konzentrieren, sich vergraben? Die Antwort liegt auf der Hand: Nein. Denn die Frage ist nicht, ob wir uns den Problemen stellen oder nicht – sondern, wie wir uns ihnen stellen wollen. Sich von diffuser Angst leiten lassen? Das ist keine Option.



Franz Schrewe

Wir müssen uns fragen: „Was können wir tun, damit die Lage besser wird?“ Politisches und bürgerliches Engagement sind gefragt. Kluge Lösungen statt Trotz und Rückzug oder gar Resignation. Offene Diskussionen statt Stammtischparolen.

Eine lebhaftige Diskussion hat sich entwickelt. Darüber, welche Werte für uns nicht zur Disposition stehen. Wie wir uns ein friedliches Zusammenleben in unserem Land wünschen. Was uns eigentlich als Gemeinschaft, in der Kommune, im Land, in Europa, zusammenhält. Wie wir uns eine gute Zukunft vorstellen. Was wir uns für unsere Kinderwünsche. Diese Fragen sind aktueller denn je – und dass

man sie inzwischen auch wieder viel öfter stellt, ist auch eine Chance. Die großen politischen Fragen sind zurück in unserem Alltag. Und angesichts des für uns nun unmittelbar sichtbaren Flüchtlingselends relativiert sich so manches, worüber sich einige sonst so im Alltag ärgern: die zu enge Parklücke, das Wetter oder der Nachbar mit seinem Laubsauger.

Das Schicksal vieler Flüchtlinge sollte uns Demut lehren, das ist wahr. Allerdings lauert hier auch eine Gefahr. Es ist die Gefahr, dass sozial benachteiligte Menschen gegen jene, die gar nichts mehr haben, ausgespielt werden. Frei nach dem Motto: „Wer sich noch beklagen kann, wer nicht friert, wer Kleidung im Schrank hat, dem kann es so schlecht ja nicht gehen.“ Das aber kann in einem so wohlhabenden Land wie dem unseren nicht unser Anspruch sein. Schon gar nicht, wenn man bedenkt, dass die Politik eine angemessene Beteiligung der Superreichen an den sozialen Kosten offenbar nicht für nötig hält. Stattdessen müssen sich öffentliche Haushalte und das Land weiter verschul-

den – und schnell wird dabei ein Zusammenhang mit den Kosten für Flüchtlinge hergestellt. Redlich ist das nicht. Es ist zumindest nur die halbe Wahrheit. Zur Wahrheit gehört nämlich auch, dass die Reichen in unserem Land geschont werden, während untere und mittlere Einkommen stark belastet werden, insbesondere die Einkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die Umsetzung von Menschenrechten kostet. Statt die Rechte auf Teilhabe, medizinische Versorgung und andere Dinge kleinzureden oder die Ansprüche der einen mit den Bedürfnissen der anderen aufzuwiegen, täte die Politik gut daran, für eine gerechte Verteilung der Lasten zu sorgen, damit Menschenrechte auch umgesetzt und nicht nur versprochen werden. Dazu gehört als Grundpfeiler einer Politik, die ernst genommen werden möchte, eine nachhaltige Finanzierung. Für diese Ziele werden wir uns auch 2016 mit viel Tatkraft einsetzen.

Ihr Franz Schrewe,  
Landesvorsitzender